

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB, Mitglied des Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, zur Vorstellung des Zukunftsprogramms Dritte Welt der SPD: Entwicklung und Abrüstung gehören zusammen.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB fordert das Verbot von Formaldehyd: Krebs-erregend.

Seite 3

### Dokumentation

Prominente Sozialdemokraten aus Nord und Süd nehmen Stellung zum Zukunftsprogramm Dritte Welt der SPD.

Seite 4

39. Jahrgang / 167

30. August 1984

Mit Honecker über Entwicklung und Abrüstung sprechen

Zur Vorstellung des Zukunftsprogramms Dritte Welt der SPD

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB  
Mitglied des Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Ein von West und Ost gemeinsam getragenes Zukunftsprogramm für die Dritte Welt würde der Tatsache Rechnung tragen, daß die gesamte industrialisierte Welt neben der Verhinderung eines Dritten Weltkrieges eine zweite gemeinsame Verantwortung trägt, nämlich die Verantwortung für die Verhinderung der Massenverelendung und der Ressourcenvernichtung in der Dritten Welt. Der Gedanke der Verantwortungsgemeinschaft darf sich, so wichtig er ist, nicht auf Abrüstung allein verengen. Er gewinnt erst dann langfristige Substanz, wenn Ost und West neben der Sicherheitspartnerschaft zu einer Entwicklungspartnerschaft kommen. Wirkliche Entspannung bedarf eines konstruktiven Kerns gemeinsamen Handelns.

Die SPD im Bundestag wird die Bundesregierung auffordern, sich unverzüglich dafür einzusetzen, daß auf der Genfer Abrüstungskonferenz und auf der Stockholmer Konferenz (KVAE) die Ziele von Abrüstung und Entwicklung zusammengeführt werden.

Die SPD fordert Bundeskanzler Kohl auf, bei dem bevorstehenden Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland diese entwicklungspolitische Dimension weltweiter Friedenspolitik ins Gespräch zu bringen. Initiati-



ven für die Sicherheit in Mitteleuropa dürfen sich nicht auf eine deutsch-deutsche Nabelschau verengen. Sie müssen in Bemühungen um den Abbau globaler Spannungen eingebettet werden. Diese Spannungen sind nicht allein eine Frage der Ost-West-Beziehungen, sondern auch der künftigen Kooperation zwischen Norden und Süden. Ohne Beendigung des Hungers und des Raubbaus an der Natur im Süden, ohne Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird sich mit zunehmendem Bevölkerungsdruck im Süden das Konfliktpotential zu einem immer explosiveren Gemisch verdichten. West und Ost müssen endlich begreifen, daß Süd und Nord, West und Ost Teil einer Welt sind und nur gemeinsam überleben können.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, zugleich ihren Einfluß im westlichen Bündnis zu nutzen, um über Abrüstung einen neuen Anstoß zur Entwicklung der Dritten Welt zu geben. Zusammen mit ihren europäischen Partnern muß sie davon Abstand nehmen, die Entwicklungshilfe zum staatlich finanzierten Instrument westlicher Wirtschaftsoffensive zu degradieren. Die Bundesrepublik Deutschland muß auch unmißverständlich klar machen, daß sie dem Trend der Reagan-Administration, die Entwicklungsländer zum Gegenstand ideologischer und ordnungspolitischer Systemkonkurrenz zu machen, nicht folgt.

Anders als beim Marshallplan, der nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige Impulse zum weltwirtschaftlichen Aufschwung gegeben hat, kann es bei einem durch Abrüstung finanzierten Zukunftsprogramm Dritte Welt nicht darum gehen, die Entwicklungsländer in das politische und wirtschaftliche System der Industriestaaten einzubinden, sondern darum, eine globale Zusammenarbeit zu ermöglichen, die der kulturellen und sozialen Identität, der Selbstverantwortung und Souveränität der Entwicklungsländer entspricht.

Sollten sich die USA einer solchen entwicklungspolitischen Initiative nicht anschließen, ist die Bundesregierung gefordert, dafür einzutreten, daß die Europäische Gemeinschaft das Zukunftsprogramm Dritte Welt in eigener Verantwortung übernimmt. Viele kleinliche Hindernisse auf dem Weg zu einer europäischen Einigung würden relativiert, wenn sich Europa noch stärker als bisher auf seine eigenständige globale Verantwortung besänne.

(-/30.8.1984/ks/rs)

+ + +



Formaldehyd verbieten

Der krebserregende Stoff darf nicht aus wirtschaftlichen Gründen toleriert werden

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Die Vernebelungsversuche der Industrie sind unerträglich. Letztlich geht es doch darum, in einem ersten Schritt zu akzeptieren, daß Formaldehyd als krebserregend zu betrachten ist - diese toxikologische Erkenntnis kann man nicht mit wirtschaftlichen Überlegungen verdrängen. In einem zweiten Schritt muß überlegt werden, welche Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen, um einen ausreichenden Schutz am Arbeitsplatz und in Wohnräumen zu gewährleisten. Je früher und sorgfältiger dies überlegt wird, umso mehr bietet sich die Chance, rechtzeitig Alternativproduktionen beziehungsweise entsprechende Schutzmaßnahmen zu entwickeln und damit sowohl die Gesundheit wie auch den Arbeitsplatz zu erhalten.

Im einzelnen muß festgestellt werden:

Formaldehyd hat sich im Tierversuch als eindeutig krebserregend und erbgutschädigend erwiesen und zwar in Konzentrationen, wie sie für Menschen am Arbeitsplatz auftreten. Der Hinweis der Industrie, daß vergleichbare Tumore in den oberen Atemwegen bei Menschen bisher nicht festgestellt worden sind, ist hanebüchen. Erstens können beim Menschen die Tumore theoretisch auch in anderen Organen auftreten, zweitens gibt es so viele Tumore in der Lunge und in den Atemwegen und so viele Verursacher, daß es sehr schwer ist, auf einen einzelnen Verursacher wie Formaldehyd zu schließen.

Drittens - und das ist der gewichtigste Grund - können wir nicht warten, bis so viele Menschen Krebs bekommen, daß der Beweis eindeutig ist.

In Betrieben, die Formaldehyd verarbeiten, sind etwa zwei Millionen Menschen beschäftigt, über formaldehydhaltige Produkte wie Spanplatten, Kosmetika, Haushaltschemikalien, Klebstoffe und so weiter kommen noch viel mehr damit in Berührung.

Folgende Forderungen müssen erhoben werden:

- Formaldehyd ist als krebserregender Stoff prinzipiell zu verbieten, mit Ausnahmeregelungen und Übergangsfristen, wie es der DGB bei der Novellierung der Gefahrstoffverordnung für solche Stoffe prinzipiell gefordert hat.
- Formaldehyd ist in die MAK-Liste der krebserregenden Stoffe (Kategorie III A2) aufzunehmen.
- Die technische Richtkonzentration für Formaldehyd muß an Arbeitsplätzen um den Faktor 100 gegenüber dem jetzigen MAK-Wert verringert werden (auf 0,01 ppm).
- Für (Wohn-) Innenräume muß erstmals ein Grenzwert (von 10µg ) festgelegt werden.
- Formaldehyd muß in allen Produkten - egal in welcher Konzentration - gekennzeichnet werden, zumal er ja auch stark allergisch wirkt.
- Isolierschäume und Spanplatten, die Formaldehyd freisetzen, sind zu verbieten, ebenfalls ist Formaldehyd als Konservierungsmittel in Lacken und Farben, Reinigungs-, Geschirrspü- und Waschmitteln, sowie in Kosmetika zu verbieten.

(-/30.8.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Zustimmung aus Nord und Süd zum "Zukunftsprogramm Dritte Welt" der SPD

Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel stellten am Donnerstag in Bonn das "Zukunftsprogramm Dritte Welt" vor, das konkrete Forderungen zur Senkung der weltweiten Rüstungsausgaben zugunsten der Entwicklungsländer erhebt. Die Redaktion des "Sozialdemokrat Magazin" (sm) befragte zu dem vor der Sommerpause verabschiedeten Programm führende Sozialdemokraten aus Nord und Süd. Wir dokumentieren die in der neuesten sm-Ausgabe veröffentlichten Antworten von Felipe Gonzales, Ministerpräsident von Spanien, Olof Palme, Ministerpräsident von Schweden, Joop den Uyl, niederländischer Oppositionsführer und ehemaliger Ministerpräsident, und Carlos Andres Perez, ehemaliger Präsident Venezuelas.

Felipe Gonzales: Das Überleben der Menschheit sichern

Die letzten Jahre haben eine beunruhigende Verschlechterung des internationalen Klimas und insbesondere der Beziehungen zwischen den Großmächten gebracht. Die größte Gefahr, die es heute für den Weltfrieden geben kann, geht von dem gegenseitigen Mißtrauen und der Verringerung der Kommunikationskanäle zwischen diesen Mächten aus.

Nicht nur der Friede steht auf dem Spiel, sondern das Überleben der Menschheit an sich. Der Einsatz eines relativ kleinen Teils der gegenwärtig existierenden nuklearen Arsenale würde ausreichen, um das menschliche Leben von der Erde zu eliminieren. Diese Situation betrifft uns alle, und wir alle müssen uns bemühen, Formeln zu suchen, die helfen, das gegenwärtige internationale Klima zu verbessern.

Durch das Wettüben werden enorme wirtschaftliche Mittel vergeudet, was eine Verirrung darstellt, wenn man sich die beängstigende Bedürftigkeit großer Teile der Weltbevölkerung und die niedrigen Summen vor Augen hält, die für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden.

In den vergangenen 15 Jahren wurden substantielle Fortschritte auf dem Gebiet der Entspannung erzielt. Es ist besorgniserregend, daß eine Dynamik der Konfrontation das zerstören könnte, was mit so viel Anstrengung erreicht wurde und was noch so viel bringen kann. Es ist notwendig, daß wir alle unsere Stimme erheben gegen das Andauern dieser Dynamik und daß wir darüber hinaus unseren Willen deutlich machen, für diese Ziele zu arbeiten. Es ist notwendig, bei der Entspannung alles zu retten, was zu retten wert ist - und das ist beinahe alles - und auf dieser schon vorhandenen Grundlage eine neue Periode des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen allen unseren Ländern aufzubauen.

Spanien ist bereit zur Unterstützung der Initiativen, die die Entspannung und den Dialog in Europa und in der ganzen Welt fördern und so zu einer Verbesserung des Klimas beitragen, in dem sich die internationalen Beziehungen entwickeln. In diesem Sinne handelte Spanien, um die Abschlußvereinbarung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei deren Treffen in Madrid zu ermöglichen, und es wird weiterhin dafür arbeiten, daß die Konferenz über Abrüstung in Europa, die gegenwärtig in Stockholm tagt, den Erfolg erzielen kann, den wir alle wünschen.

Olof Palme: Geld frei machen für Entwicklungsprojekte

Die enge Beziehung zwischen Sicherheit und Entwicklung wird immer offensichtlicher. Als Ergebnis der Verschlechterung der Weltwirtschaftslage haben Spannungen zwischen den Ländern und innerhalb der Länder zugenommen. In den ersten 25 Jahren nach dem



Zweiten Weltkrieg haben mehr als 120 bewaffnete Konflikte in oder zwischen Ländern der Dritten Welt stattgefunden. Hier wie anderswo erfordern Militärausgaben mehr und mehr Ressourcen auf Kosten einer friedlichen ökonomischen Entwicklung - obwohl eine solche Entwicklung die wichtigste Grundlage für andauernde Sicherheit ist.

Heute gibt die Welt mehr als 20mal mehr für Waffen aus als für die gesamte Entwicklungshilfe. Jede Minute werden mehr als 1,3 Millionen Dollar in militärische Zwecke geleitet. Innerhalb dieser Minute sterben 30 Kinder in den armen Ländern, viele durch Hunger und falsche Ernährung. Eine seit langem notwendige Reduzierung der Ausgaben für militärische Zwecke in den industrialisierten Ländern kann den Weg für größere Entwicklungshilfe zugunsten der Dritten Welt vorbereiten, für ökonomischen und sozialen Fortschritt. Wirklicher Fortschritt bei der Abrüstung kann ein effektiver Weg sein, das Geld freizumachen, das für eine massive Umverteilung für Entwicklung gebraucht wird.

### Joop den Uyl: Wir brauchen Entspannung und Zusammenarbeit

Seit mehreren Jahren vertritt die Partij van de Arbeid (PvdA) in der Frage von Abrüstung und Entwicklung eine integrierte Politik. Dabei hatten und haben die Arbeiten der Palme- und der Brandt-Kommission einen großen Einfluß. Als eine der ersten Regierungen des Westens hat das Kabinett den Uyl (1973-1977) den Beitrag der Niederlande für Entwicklungshilfe auf 1,5 Prozent des Nettosozialprodukts angehoben. Damals war die PvdA als wichtigste Koalitionspartei in erster Linie verantwortlich für diese international fast beispiellose Leistung. Jetzt kämpft die Partei in der Opposition dafür, daß die Sparmaßnahmen der Regierung Lubbers sich nicht auf weltweit anerkannten Entwicklungshilfeleistungen der Niederlande auswirken.

In einem vor kurzem veröffentlichten Papier zu Fragen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik fordert die Partei, an zwei Fronten anzusetzen. Erstens: Ein koordiniertes europäisches Programm zur Wirtschaftsbelebung soll nicht nur neues Wachstum für die Volkswirtschaften des Westens bringen, sondern besonders die internationale Nachfrage fördern und dadurch den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer neue Chancen eröffnen.

Zweitens fordern wir den Transfer von 400 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von 20 Jahren. Damit wollen die Industrieländer des Ostens und des Westens den Rückstand in ihren Entwicklungshilfeleistungen aufholen. Mit öffentlichen Mitteln der Industrieländer sollen landwirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technologische Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden, die nicht nur die Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer fördern, sondern natürlich - in Zusammenhang mit dem erwähnten europäischen Wirtschaftsbelebungsprogramm - auch die Volkswirtschaften des Westens wie des Ostens. Der Zusammenhang zwischen dieser Entwicklungspolitik und der Abrüstung liegt politisch darin, daß Entspannung und Zusammenarbeit von Ost und West, Freizügigkeit und freier Meinungs Austausch, ein Klima des Vertrauens und der Stabilität schaffen. Ost und West brauchen ein solches Klima, um Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung im Nord-Süd-Dialog zu erreichen. Seit 1979, als die PvdA den NATO-Doppelbeschluß ablehnte, hat die Partei ihre Abrüstungsvorschläge stets in dieser Perspektive gesehen. Im Juni 1984, als der Stationierungsentscheid anstand, habe ich in der zweiten Kammer des niederländischen Parlaments nicht nur die Entscheidung des Kabinetts Lubbers zurückgewiesen - sie ist kein Abrüstungssignal, sondern ein Schritt im Rüstungswettlauf -, ich habe auch die Palme-Kommission zitiert, als ich die fünf Kernwaffenmächte aufforderte, ernsthaft über ein umfassendes beiderseitiges Einfrieren der atomaren Rüstung (Freeze) zu diskutieren.



Es genügt nicht, von Solidarität und Frieden nur zu reden. Die Sozialdemokraten in aller Welt müssen verstehen, daß zwischen Friedens- und Entwicklungspolitik ein Zusammenhang besteht und daß es nur durch Fortschritte beim Streben nach gleichen Entwicklungschancen einen dauerhaften Frieden geben wird.

#### Carlos Andres Perez: Aufrüstung - Verschwörung gegen Menschenrechte

Die industrialisierte Welt sträubt sich dagegen, anzuerkennen, daß die Strukturen der Privilegien zu ihren Gunsten und zum Schaden für die Dritte Welt verändert werden müssen. Das zeigt, daß sie die Gefahren, die diese Situation verursachen, nicht klar erkennt.

Ein Beweis dafür sind die Ummengen von intellektuellen, finanziellen und materiellen Geldmitteln, die in die absurde Rüstung gesteckt werden. Ein bescheidener Teil dieser Geldmittel könnte kurzfristig viele und drängende Probleme der Entwicklungsländer lösen, wie Probleme der Ernährung, Schutz vor Krankheiten, Mängel im Gesundheits- und Erziehungswesen, Probleme der Infrastruktur, Zugang zur Technologie und viele andere. Es ist nicht übertrieben, zu behaupten, daß die bedrohlichste Verschwörung gegen die Menschenrechte die Aufrüstung ist. 25 Prozent der Wissenschaftler in der Welt betreiben Kriegsforschung. Die Rüstungsausgaben übersteigen jährlich schon die Summe der Auslandsverschuldung der Dritten Welt: Diese beträgt 600.000 Millionen Dollar und die Rüstungsausgaben der Dritten Welt übersteigen 700.000 Millionen Dollar. Ein guter Teil dieser Schulden entsteht durch Waffenkauf, zu dem uns die Industrieländer praktisch zwingen, um ihre Militärindustrie anzukurbeln. Die Schulden und die Kriegsausgaben zerstören unter den gegebenen Bedingungen jede reale Möglichkeit des Fortschritts für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und sind außerdem auch eine Bremse für die Entwicklung in den fortgeschrittenen Ländern.

Die lateinamerikanischen Länder waren Vorreiter im Kampf um die Abrüstung, und sie haben für dieses Ziel eine Reihe von legalen internationalen Wegen beschritten. In einigen unserer Länder gibt es - wenn auch in abnehmender Zahl - immer noch Anhänger der überflüssigen Aufrüstung, die uns getrennt und schwach sehen möchten. Sie sind Überbleibsel von Grenzstreitigkeiten, die ihren Ursprung in der Kolonialzeit haben. Aber in Lateinamerika herrscht die Einstellung vor, die wirtschaftlichen und militärischen Großmächte dazu zu bewegen, effektive Formeln für die Abrüstung zu entwickeln.

Wir müssen mit diesen gigantischen Geldmitteln, bestimmt zur Waffenherstellung, deren Tötungskraft jedes rationale Verständnis übersteigt, andere fundamentale Probleme lösen.  
(-/30.8.1984/ks/rs)

+ + +

